

Für Sie gelesen

Über die Lage in Bulgarien nach 1990

In der Bibliographie über Bulgarien ist ein eben erschienenenes Buch erwähnt, Medien und Transformation in Osteuropa (siehe näheres unter [Bibliographie](#)). Eine der Autorinnen und Herausgeberin, eine meiner Töchter, eine Halbbulgarin, **Dr. Michaela Tzankoff**, Diplompolitologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der **Universität Hamburg**, hat darin im Rahmen ihres **Forschungsprojektes für die VolkswagenStiftung** einen Beitrag über Bulgarien geschrieben

Der Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft

– von **Dr. Michaela Tzankoff** –

Im folgendem gebe ich daraus *Auszüge* meiner Wahl wieder, welche alle interessieren dürften, die sich mit den Themen meines Forums befassen.

Aus dem Forschungsprojekt ist ein Buch von Dr. Michaela Tzankoff entstanden, das 2002 im Lit-Verlag unter demselben Titel erschienen ist. Daraus gebe ich *unverkürzt* das Kapitel über [Die Wahlen im Juni 2001](#)

Alle Hervorhebungen im Text, in einer solchen wissenschaftlichen Arbeit nicht statthaft, sind von mir; die wenigen Bemerkungen hierzu sind in *Kursiv* gedruckt; meine Schreibweise der bulgarischen Namen decken sich nicht immer mit jenen der Autorin.

Einleitung

Bulgarien gehört zu den Transformationsländern Osteuropas, deren Entwicklung bislang vergleichsweise wenig Beachtung gefunden hat, während Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechien und Russland von Anfang an im Zentrum der deutschen Aufmerksamkeit lagen, und Länder wie Albanien und Restjugoslawien wiederum durch die politischen Unruhen und Kriege den Blick auf sich zogen. Ganz anders sieht das auf der bulgarischen Seite aus. **Von je her bemüht sich das Land, als ein Teil Europas begriffen zu werden.** Insbesondere Deutschland fühlt Bulgarien sich verbunden. Das Könighaus ist deutschen Ursprungs, in zwei Weltkriegen band sich das Land an die deutsche Politik und verlor mit ihr, in der Zwischenkriegszeit pflegte man gute Kontakte und die deutschen Touristen sind seit Jahrzehnten gern gesehene Gäste.

Das vorliegende Buch möchte den Transformationsprozess Bulgariens seit 1989 nachzeichnen, seine politische und wirtschaftliche Entwicklung und besonders die neu entstandene Medienlandschaft. Während die Transformationsforschung die politische, institutionelle und wirtschaftliche Ebenen der postkommunistischen Transformationen seit 1989 in den Blick nahm, blieb der Medienbereich bislang weitgehend ausgeblendet. Dies war **der Ausgangspunkt eines Forschungsprojektes, das ich in dem Zeitraum vom Herbst 1998 bis Sommer 2001 – gefördert durch die Volkswagen-Stiftung – durchgeführt habe.**

„Transformationsprozesse in Bulgarien – Journalistinnen in der bulgarischen Medienlandschaft“, der Titel zeigt an, dass hier letztlich drei Bereiche zusammengeführt werden sollten: die politische, wirtschaftliche Ebene, die Entwicklung der Medienlandschaft und die Rolle der Frauen im bulgarischen Mediensystem. Denn auf Reisen in nach Bulgarien hatte ich bemerkt, dass ungewöhnlich viele Frauen in den Medien tätig sind und hier auch hohe Positionen einnehmen. **Auf insgesamt 6 mehrwöchigen Aufenthalten in der Hauptstadt Sofia wurden 104 Interviews** mit Journalisten und Journalistinnen, Medienexperten und -expertinnen, Pressesprechern und -sprecherinnen, Chefredakteuren und -redakteurinnen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in Bulgarien **geführt**. Dabei bemühte ich mich insgesamt um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Bereichen, Print, Radio und Fernsehen, private und staatliche, kleine und große Anbieter sowie Experten aus den Hochschulen und aus privaten Instituten. Es überwogen allerdings eindeutig Frauen mit ca. 70 Prozent; darin spiegelt sich auch die Tatsache, dass sowohl im Medienbereich als auch in den Hochschulen deutlich mehr Frauen als Männer tätig sind. Aus jedem Bereich gab es ein bis zwei Personen, mit denen ich einen kontinuierlichen Kontakt pflegte, so dass Veränderungen in deren Einschätzung beobachtbar, aber auch tiefere Gespräche möglich wurden. **Diese Interviews dauerten in der Regel ein bis zwei Stunden**, wurden mit wenigen Ausnahmen in bulgarischer Sprache geführt und aufgezeichnet. Allerdings verzichte ich im Folgenden auf die Nennung von Namen und direkte Zitate. Dies ermöglichte eine offenere Kommunikation, zumal man sich in diesem kleinen Land gut kennt und Aussagen auch ohne Namen in vielen Fällen „identifiziert“ werden könnten.

Diese Interviews bildeten mit der üblichen Literaturarbeit, der Lektüre der Presse und der Beobachtung der Medienangebote, insbesondere der politischen Sendungen im Radio und Fernsehen die Grundlage meiner Arbeit. In der ausgewiesenen Literatur habe ich auf bulgarische Titel verzichtet, da davon auszugehen ist, dass die wenigsten Leser und Leserinnen diese Sprache beherrschen und sich zudem das Problem ergibt, dass diese Literatur nur in Bulgarien erhältlich ist, es hätte also die Literaturliste nur unnötig verlängert.

Eine wichtige Vorarbeit für das vorliegende Buch ist das gemeinsam mit der Hamburger Kommunikationswissenschaftlerin Barbara Thomaß herausgegebene Buch „Medien und Transformation“ in Osteuropa, das im Frühjahr 2001 im Westdeutschen Verlag erschien. Hier wollten wir die Aspekte Transformation und Medien sowohl aus kommunikations- als auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive zusammenführen. Neben den theoriegeleiteten Kapiteln, in denen wir uns einen theoretischen Zugang zu diesem – von der Politik- wie der

Kommunikationswissenschaft – weitgehend vernachlässigtem Feld erarbeiteten, profitierten wir auch von den Länderstudien unserer Kollegen und Kolleginnen...[aus: Estland, Jugoslawien, Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Russland].

In der damaligen Einleitung war es uns wichtig zu betonen, dass wir uns mit den zum Teil strengen Analysen der postkommunistischen Entwicklungen im Medienbereich keineswegs eine Kritik anmaßen wollten, die uns nicht zusteht. Wir schrieben im Herbst 2000 – und dem kann ich auch heute nichts hinzufügen: „Es ist nicht an uns, die wir aus einer stabilen und demokratisch konsolidierten Gesellschaft kommen, mit allzu strengen Maßstäben den Stand der Entwicklung in den postkommunistischen Gesellschaften zu kritisieren. **Da es leichter ist, auf Missstände hinzuweisen, als das Erreichte zu würdigen, sei betont, dass die vielfältigen Umbrüche, Verunsicherungen und sozialen Härten eine große Veränderungsbereitschaft der dort lebenden Menschen erfordert, die unseren Respekt verdient.**“

...

Zum Schluss möchte ich denjenigen danken, die besonders zum Gelingen meines Forschungsprojekts und damit diesem Buch beigetragen haben. ...Großen Dank schulde ich all meinen Gesprächspartnern und -partnerinnen, die hier aus den genannten Gründen nicht namentlich erwähnt werden. Mit ganz wenigen Ausnahmen nahmen sie sich sehr viel Zeit für mich und waren bereit, offen über ihre Arbeit und Einschätzungen zu sprechen. Ich habe sehr viel von Ihnen gelernt.

Last but not least **möchte ich den Menschen danken, die mir und meiner kleinen Tochter in den Wochen in Sofia ein zu Hause boten:** Katja und Bojidar, Penka und Marinella, Peter und Kossju. Eingebettet in einer Familie zu leben, ließ mich jenen Teil Bulgariens kennen lernen, der jedem Tourist aber auch jeder Wissenschaftlerin und jedem Wissenschaftler, die in anonymen Hotels, Pensionen oder Universitätsunterkünften wohnen, verschlossen bleiben muss. Damit meine ich nicht nur das menschliche und zutiefst herzliche Bulgarien, ich meine **damit auch die Binnensicht der Dinge aus der Perspektive der dort lebenden und arbeitenden Menschen.**

Hamburg, Dezember 2001

1. Einführung

Bulgarien erfreut sich seit 1990 einer bunten Medienlandschaft, die angesichts der

wirtschaftlichen Dauerkrise erstaunlich ist; das arme Land mit seinen knapp 8,5 Millionen Einwohnern hat immerhin einige hundert Zeitungen und Zeitschriften, ca. 60 lokale Radiosender, sechs private, terrestrisch sendende Fernsehanbieter und Dutzende von Kabelbetreibern.

Der Öffentlichkeit gilt bis heute die Erlangung der Rede- und Meinungsfreiheit als besonders wichtiges Ergebnis der Demokratisierung, und die Medien erfreuen sich hoher Aufmerksamkeit. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus dominiert zwar der Trend zur Normalisierung, vor Überraschungen ist man in Bulgarien jedoch nicht gefeit.

Das Überraschungsmoment trifft auch auf die Politik im Ganzen zu. Denn die demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformationen gerieten in Bulgarien schnell **in den Sog wertgeladener und polarisierender Machtauseinandersetzungen. Das Land zeigt Phänomene einer blockierten Demokratisierung**. So hat beispielsweise jede Regierung bisher einen gewissen Alleinvertretungsanspruch in der Politik für sich geltend gemacht. Bei aller parteipolitischen Konkurrenz zeigen sich hier große Kontinuitäten im Politikverständnis und –stil. Auch wenn der häufige Wechsel von Amtspersonen eine Zirkulation der politischen Eliten suggeriert, ist letztlich eine in sich geschlossene politische Klasse mit wenig personellem Austausch und konzeptioneller Konkurrenz entstanden. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) als Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei und das antikommunistische Oppositionsbündnis Union der Demokratischen Kräfte (UDK) rangen sich wechselseitig die Macht ab. Keine Regierung hat bislang bis zum Ende ihres Mandats regiert, einige hielten nur ein Jahr. *(Siehe in [Bulgarisch: Die Regierungen Bulgariens seit der Befreiung](#))*. Die ökonomische Machtergreifung durch Mitglieder der alten Nomenklatura hat eine neue Klasse geschaffen, die als Vetoakteur einen Teil der letztinstanzlichen Kontrolle von der politischen Klasse abgezogen hat. Dies schwächt nicht nur die Handlungsfähigkeit der Politik, sondern auch die Legitimität der neuen gesellschaftlichen Ordnung. Viele Bulgaren stellen die Glaubwürdigkeit der Politik in Frage, und die Parteien sind nur schwach verankert. Gleichzeitig gibt es einen unerschütterlichen **Grundkonsens, dass die parlamentarische Demokratie ohne Alternative ist**, und es hat sich eine Resistenz gegen Autoritarismen herausgebildet. Nationalistische und autoritäre Deutungsmuster und Lösungskonzepte sind erstaunlich gering geblieben. *Hier erlaube ich mir jedoch die Bemerkung: Wenn man die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung betrachtet, so ist, eine populistische, charismatische Persönlichkeit – Gott bewahre – vorausgesetzt, m.E. nichts ganz auszuschließen. (Diese Bemerkung machte ich noch vor Erscheinen vom Simeon Sakschoburggotski auf die bulgarische politische Scene).*

2. Die erste postkommunistische Regierung unter Andrej Lukanov (Februar - Dezember 1990)

Wie in anderen ost- und südosteuropäischen Gesellschaften auch wurde das alte Regime in Bulgarien unter Todor Zhivkov scheinbar mühelos weggefegt. Was wie als abrupter Bruch mit

dem alten System erschien, war jedoch eine seit längerem von einer politischen Gegenelite innerhalb der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) vorbereitete Entwicklung. Diese hoffte, durch einen rechtzeitigen Führungswechsel und eine Reformierung der Partei ihre Vormachtstellung in der Gesellschaft behalten zu können, und **die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen bot die Möglichkeit, zuvor privatisierte und zum Teil ins Ausland transferierte Gelder zu legalisieren.**

In Bulgarien gab es keine gewachsene Dissidentenbewegung. Die postsozialistische Opposition rekrutierte sich vor allem aus der systemkonformen Intelligenz, Vertretern der vorsozialistischen Elite und aus „Dissidenten der inneren Emigration“ sowie aus einer jüngeren Gruppe der Intelligenz, die zu jung war, um politisch diskreditiert zu sein. Schließlich kehrten einige Auslandsbulgaren zurück. Innerhalb der Opposition trafen so unterschiedlichste Politikvorstellungen und Interessen aufeinander und es fehlten administrative und organisatorische Erfahrungen.

Der erste aus freien Wahlen im Juni 1990 hervorgegangene postkommunistische Regierungschef, Andrej Lukanov, galt als Vertreter der Reformer innerhalb der Kommunistischen Partei. Ein parlamentarisches System sollte in den Dienst eines reformierten Sozialismus gestellt werden. Rückblickend ist es nicht erstaunlich, dass die BSP die ersten Wahlen gewinnen konnte. Erstaunlich ist vielmehr, wie knapp dieser Wahlsieg war und wie schnell ihr der Versuch eines gesteuerten Systemwandels entglitt. Die Opposition gewann zunehmend an Profil und Rückhalt in der enthusiastischen Bevölkerung. Die wirtschaftliche Krise, Demonstrationen, Streiks, die Wahl des Oppositionsführers Zhelju Zhelev zum Staatspräsidenten waren Etappen einer rasanten Demontage der so stabil erscheinenden Nomenklatura.

In der ersten Phase hatten die Medien, vor allem die elektronischen, eine wichtige Funktion bei der Auflösung des alten Regimes eingenommen. Demokratisch gesinnte Journalisten nutzten das monatelange Machtvakuum. Es entstanden Freiräume für kritische Berichterstattung und allzu drastische Reglementierungen waren nicht zu erwarten in einer Zeit, da sich alles umgruppierte und die Kräftekonstellationen noch offen waren. Zudem war ein großer Teil der Kritik, so hart im Detail, so doch in seiner Stoßrichtung nicht grundsätzlich gegen einen „gewandelten, besseren“ Sozialismus gerichtet. Alles schien möglich, auch im Stil der Berichterstattung und in der Sprache. Als Gegenreaktion auf eine sprachlich stark konformisierte Berichterstattung der kommunistischen Zeit entwickelte sich ein „neuer Journalismus“, der sich keiner Autorität mehr beugen wollte. Ohne vorhandene Gesetze und in der Euphorie der Aufbruchsstimmung entstanden fast jeden Monat neue Zeitschriften und Zeitungen. Davon waren die wichtigsten die im Februar 1990 gegründete Zeitung des Oppositionsbündnisses, die Tageszeitung *Demokratsija*, die bis heute eine gewisse Sonderstellung als die erste und genuin antikommunistische Zeitung beansprucht. Ein Paar Wochen später erschien mit *168-Stunden* die erste private Wochenzeitung.

In diese Zeit, gekennzeichnet durch den unerwarteten Machtverlust der Sozialisten und den

ebenso unerwarteten Machtzuwachs des Oppositionsbündnisses, fällt der „Beschluss zum Rundfunkwesen“, der im Dezember 1990 verabschiedet wurde. Der unsicheren politischen Situation entsprechend, enthielt der Beschluss lediglich Richtlinien mit vorläufiger Gültigkeit und ohne Gesetzeskraft. Allerdings wurde hier bereits eine Linie festgelegt, welche die Medienlandschaft lange prägen sollte: Das Bulgarische Nationale Radio (BNR) und das Bulgarische Nationale Fernsehen (BNF) wurden 1 zwar als „autonome Kultur- und Informationsinstitution“ bezeichnet, ihre Tätigkeiten jedoch von dem „Ständigen Rundfunkausschuss der Volksversammlung“ kontrolliert. Dieser Ausschuss hatte weitreichende Kontrollkompetenzen; auch die Generaldirektoren wurden auf Vorschlag des Ausschusses vom Parlament ernannt. Seine 21 Mitglieder wurden entsprechend der Mehrheitsverhältnisse im Parlament gewählt, Regierungsmehrheiten ließen sich so direkt übersetzen.

3. Die Übergangsregierung unter dem parteilosen Dimitar Popov (Dezember 1990 - November 1991)

Dieser Übergangsregierung gehörten bereits vier Vertreter der Opposition an, darunter der heutige Regierungschef Ivan Kostov. Was ein gesellschaftlicher Sieg der Opposition war, führte jedoch innerhalb des Bündnisses zu der ersten jener Krisen und Spaltungen, die sie für Jahre beschäftigen sollte. Eine weitere Zusammenarbeit zwischen Exkommunisten und Mitgliedern der erstarkenden Opposition konnte nicht von langer Dauer sein. Ein Jahr nach dem Sturz des Kommunismus galt die Profilbildung der Opposition als ihre wichtigste Aufgabe, und dies konnte im Bündnis mit Exkommunisten nicht glaubhaft gelingen.

In dieser Phase der Umgruppierung vor allem des Oppositionsbündnisses und erster Abspaltungen aber auch der beginnenden Polarisierung der bulgarischen Politik wurde am 12. Juli 1991 die Verfassung verabschiedet. Die Rede- und Meinungsfreiheit erhielt einen besonderen Stellenwert, die Medienfreiheit der Presse und anderer Massenmedien wurde festgelegt. Von zentraler Bedeutung war Artikel 6 in den Übergangs- und Schlussbestimmungen der Verfassung. Hier wurden das staatliche Fernsehen und Radio und die Bulgarische Nachrichtenagentur bis zur Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen weiterhin dem parlamentarischen Rundfunkausschuss unterstellt. Diese „provisorische“ Regelung hatte dann immerhin noch sieben Jahre Bestand.

Unterdessen erschienen neue private Zeitungen, davon war die wichtigste die Tageszeitung 24-Stunden, die bis heute zu den auflagenstärksten Zeitungen gehört. Langsam **setzte der Prozess der Polarisierung und Polemisierung ein, der die bulgarische Berichterstattung so lange charakterisieren sollte**. Die Fronten verhärteten sich, es ging nicht mehr um das Genießen der neuen Freiheit. In den politikferneren Bereichen jedoch überwog ein jugendlicher, frecher, zum Teil gnadenlos unprofessioneller, zum Teil erstaunlich kreativer neuer Journalismus.

4. Die erste antikommunistische Regierung unter Filip Dimitrov (November 1991 - Dezember 1992)

Die zweiten Wahlen brachten dem Bündnis der UDK nur eine knappe Mehrheit. Zur Regierungsbildung musste sie sich der politischen Unterstützung der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), der Vertretung der ca. zehn prozentigen türkischen Minderheit in Bulgarien, versichern. Diese lehnte eine feste Koalitionseinbindung ab. Nach einer anfänglichen Euphorie verschlechterte sich das Verhältnis des Kabinetts Dimitrov zu allen wichtigen gesellschaftlichen und politischen Unterstützern: zum Präsidenten, zu den Gewerkschaften und nicht zuletzt zu ihrem Partner, der BRF. Politisch suchte die Regierung durch eine deutliche Westorientierung und eine akzentuierte Verurteilung des Sozialismus Profil zu gewinnen.

Die knapp zwölfmonatige Regierungszeit Dimitrovs war für den Parteien- und Elitebildungsprozess Bulgariens sehr bedeutsam. In dieser Zeit wurde die starke gesellschaftliche Polarisierung zwischen den beiden kaum kompromissbereiten Parteigruppierungen verfestigt, die bis 1996 die innergesellschaftlichen Reformen immer wieder blockierte. Innerhalb der UDK mehrten sich die Streitereien um die Führung, ergänzt durch moralisierende Angriffe gegen den Kommunismus. Konstitutionelle Möglichkeiten der Konfliktlösung wurden zugunsten von außerparlamentarischen Politikformen vernachlässigt, Zugeständnisse als „faule“ Kompromisse abgelehnt. Antikommunismus und das Selbstverständnis als demokratische Berufungsinstanz ersetzten auf Dauer kein geschlossenes Programm und konnten das heterogene Bündnis nicht einigen.

Verstärkt wurde dieser Prozess von der **traditionellen Distanz der kritischen bulgarischen Intelligenz, die ungern eine klare Stellung bezog**. Unterdessen formierten sich Teile der alten Nomenklatura neu und nutzten die politischen Turbulenzen dafür, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen. Im Windschatten übereilt getroffener Gesetze und emotionaler Überhöhungen des politischen Alltags nutzten **klientelistische Seilschaften im Hintergrund** ihre Möglichkeiten. Ohne einheitliche Konzeption waren Gesetze „am Stück“ erarbeitet worden, das notwendige Insiderwissen lag jedoch zum größten Teil bei der Nomenklatura, die Privatisierungsschritte entweder zu verhindern wusste oder sie der öffentlichen Kontrolle entzog. Die BSP hingegen, durch jahrzehntelange Parteidisziplin geübt, erholte sich schnell.

Als Hauptakteur bei der Demontage der Regierung gilt die BRF. Bis heute ist dabei die bulgarische Politik nicht frei von antitürkischen Stimmungen. Bis heute ist auch der Kurs von BRF, mal rechts-liberal mal sozialistennah, schwer einzuschätzen. Aber sie garantiert die Integration der türkischen Minderheit und trägt so zur politischen Stabilität bei. Der Streit innerhalb der UDK und mit der BRF nahm zum Teil so groteske Formen an, dass einige meinten, dies könne nur das Werk von – durch den ehemaligen Geheimdienst eingeschleuste – Provokateure sein. Auch der **Frontwechsel des Präsidenten Zhelev** war für viele eine Überraschung. Dabei mischten sich in der Figur Zhelevs in eigentümlicher Weise richtige

politische Einschätzungen **mit persönlicher Egozentrik**. Seine Rolle wird heute im Nachhinein eher kritisch betrachtet. In der westlichen Presse galt er lange als eine verlässliche Person der politischen Kontinuität, die bei der bulgarischen Transformation eine ähnlich gestaltende Funktion einnehmen könne, wie beispielsweise Havel. Dass die UDK nicht dazu bereit war, ihn (oder irgend einen anderen) diese Rolle spielen zu lassen, ist einer der Gründe für das getrübe Verhältnis zwischen der Regierung und dem Präsidenten. Politisch richtig war jedoch seine Einschätzung: Die UDK war kompromissunfähig geworden, hatte jeden strategischen Weitblick verloren. Wüste Beschimpfungen des politischen Gegners im Parlament aber auch gegen „Abweichler“ aus den eigenen Reihen bestimmten fortan für Jahre den Stil der politischen Auseinandersetzungen.

Die Presse trug gerade in dieser Phase **zu der Polarisierung der bulgarischen Innenpolitik bei**. Gerüchte über konspirative Treffen, Intrigen, abgehörte Telefone und geheime Polizeitruppen schafften eine Atmosphäre des Misstrauens und verhinderten Diskussionen über Sachfragen. Und alles wurde genüsslich in der Presse kolportiert. Die Neigung der politischen Akteure, zu grundsätzlichen Wert- und Überzeugungsfragen, personalistischen Deutungsmustern und verschwörungsähnlichen Erklärungsmustern zu greifen, ging Hand in Hand mit einer zunehmenden Kommerzialisierung der Berichterstattung: Der Kampf um Skandalmeldungen und „Enthüllungen“ wurde auch ein Mittel im Wettbewerb um Leser und Auflagen.

Die Wirtschaftskrise ließ die Preise für Papier und Druck ansteigen, die Preise für eine Zeitung stiegen im Vergleich zum Einkommen immer mehr an. Dennoch kauften die Bulgaren in den politisch aufgeheizten Zeiten häufig mehr als eine Zeitung am Tag. Zeitunglesen wurde auch zur Glaubensfrage, denn viele „Informationen“ ließen sich nicht miteinander in Deckung bringen, zum Teil widersprachen sich die Meldungen völlig.

Ab September 1992 entstanden lokale private Radiosender, wovon manche bis heute existieren. Als erster ausländischer Sender erhielt *Voice of America* im November 1992 eine Sendelizenz. Die quasi-staatlichen elektronischen Medien, und hier vor allem das Fernsehen, wurden in dieser Zeit zum Zankapfel der Politik. Die ungeklärten rechtlichen aber auch finanziellen Verhältnisse, die ungesicherten politischen Perspektiven und beruflichen Existenzängste vieler Beschäftigter im personell aufgeblähten Fernsehen und Radio führten in vielen Bereichen entweder zur Erstarrung oder zum erbitterten Kampf zwischen jenen, die Neuerungen durchsetzen wollten und jenen, die dafür waren, erst abzuwarten oder sich gegen Neuerungen sperrten. Hier zeigten sich, wie auch sonst in der Politik, trotz richtiger Zielrichtung eine gewisse Unsensibilität und ein Rigorismus, welche die Anpassungsbereitschaft der Belegschaft überstrapazierten und somit spätere Restaurationsprozesse erleichterten.

5. Die Übergangsregierung Ljuben Berov (Dezember 1992- September 1994)

Fast zwei Jahre regierte die formell **parteilose „Expertenregierung“** unter Ljuben Berov, ehemaliger Berater des Präsidenten Zhelev. Sie stützte sich auf wechselnde Mehrheiten aus der BSP der BRF und einigen abgespaltenen UDK-Abgeordneten. Doch schnell wurde der Einfluss der BSP dominant. Unter der Regierung Berov konnten dann die oben genannten restaurativen Strukturen verfestigt werden. **Reformen wurden zurückgenommen oder verzögert, bis die Wirtschaftselite ihre „ökonomische Machtergreifung“ abgeschlossen hatte.** Ehemalige Angehörige der kommunistischen Führungskreise hielten als „unabhängige Experten“ Einzug in Administration und Behörden, die Privatisierung von Staatseigentum überführte lukrative Bereiche in den Privatbesitz von Angehörigen der Nomenklatura. Diese Wirtschaftselite löste sich zwar als eigenständige Gruppe von der politischen Klasse ab. Dennoch bestehen bis heute personelle Zusammenhänge zwischen größeren Wirtschaftsgruppen und Politikern.

Während sich die einflussreiche Klientel der Sozialistischen Partei in dieser Phase wirtschaftlich und politisch regenerieren konnte, die politischen Fronten zwischen Regierung und Opposition aber auch die Streitigkeiten innerhalb der Regierung nahmen zu. Und wirtschaftliche Krise verbunden mit dem Sichtbarwerden einer neuen Klasse Neureicher stellten ein explosives Gemisch dar.

In den Jahren 1992 bis 1994 setzte sich bei den privaten Radiosendern und Zeitungen der Trend zur Kommerzialisierung und privater Initiative fort, vor allem der privaten Lokalradios. Fast monatlich entstanden neue Sender. Bereits im Januar 1993 entstand *Darik Radio* in Sofia, das heute zu den erfolgreichsten Radioketten gehört. Von den ausländischen Sendern erhielten *Radio Free Europe*, *Deutsche Welle* und *Radio France International* eine UKW-Sendelizenz. Es entstanden die ersten lokalen Privatfernsehen.

Das staatliche Radio und besonders das Fernsehen entwickelten sich immer mehr zurück zu Verlautbarungsorganen, welche die Mehrheitsverhältnisse im Parlament spiegelten. Die Ergebnisse „soziologischer Untersuchungen“ sowie regelmäßige Ansprachen des Regierungssprechers, welche die Erfolge der Regierung priesen, erinnerten an Propagandasendungen des alten kommunistischen Stils. Kritische Journalisten und Journalistinnen verließen das Fernsehen bzw. das Radio oder wurden entlassen.

Gleichzeitig zeichneten sich im Medienbereich immer deutlicher **Elemente des Basarkapitalismus** ab. 1992 wurde in verschiedenen Teilen Bulgariens mit dem Aufbau von TV-Kabelnetzen begonnen, die ausländische Satellitenprogramme häufig ohne vertragliche Grundlagen einspeisten. Die Etablierung von türkischsprachigen Lokalsendern wurden immer wieder über formale Auflagen verhindert.

6. Die sozialistische Regierung unter Zhan Videnov (Januar 1995 - Februar 1997)

Im Winter 1994 gewann das Wahlbündnis Demokratische Linke unter der Führung der BSP

die absolute Mehrheit. Die UDK hatte mit ihrer Mischung aus ideologischer Rigidität, verbalem Radikalismus und Streitkultur ihre Anhänger verprellt. Die Regierung Videnov verfügte dank ihrer absoluten Mehrheit im Parlament über sehr gute Voraussetzungen. Die BSP zeigte lange Zeit eine erstaunliche Stabilität und viele „Technokraten“ und ehrgeizige jüngere Leute erkannten bald, dass sie ihre Karriereabsichten nur hier verfolgen konnten.

Erst mit dem verheerenden Ende der Regierung Videnov brachen die Widersprüche innerhalb der BSP auf. Durch die Ausdifferenzierung der politischen Landschaft und die Etablierung einer eigenen Wirtschaftsklasse verlor die Partei ihre Funktion, Ausgangsbasis für politische und wirtschaftliche Karrieren zu sein. Dass die notwendigen wirtschaftspolitischen und rechtlichen Reformschritte ausblieben, sich statt dessen **Korruption und Günstlingswirtschaft** verstärkten, das Land schließlich im Laufe des Jahres 1996 in die **größte Krise seit Jahrzehnten** geriet, lag weniger an der grundsätzlichen Reformunwilligkeit des Kabinetts, als an der Ohnmacht der politischen Führung gegenüber der Wirtschaftselite, die nicht (mehr) mit ihr verflochten war. **Die Wirtschaftsklasse hatte nach ihrer ökonomischen „Machtergreifung“ zunehmend eigene Interessen entwickelt.** Sie ließ sich immer weniger um des volkswirtschaftlichen Wohls willen an die parteipolitische Kandare nehmen und verweigerte sich zum Teil der Regierung Videnov.

Die Mehrheit der Presse war zwar sozialistennah. Dennoch ließen sich jener Teil der „roten Millionäre“, die in den Medienbereich gegangen waren, zunehmend weniger für die Regierungspolitik vereinnahmen und verfolgten ihre eigenen Interessen. Medien waren ein wirtschaftlicher Faktor geworden, der sich den Gesetzmäßigkeiten von Rentabilität und Professionalität nicht ganz verschließen konnte, und mit allzu einseitiger Parteilichkeit und Sprachrohr-Berichterstattung ließ sich auf Dauer kein Geld verdienen. Der Boom war beendet, und nun galt es, sich zu konsolidieren und Marktanteile zu halten.

Der Großteil der Fernsehfilme waren billige amerikanische Spielfilme, scheinbar pluralistische Diskussionssendungen und Magazine transportierten offizielle Regierungsmeinung.

Erst **auf Druck der Europäischen Union wurde im Sommer 1996 das erste postkommunistische Mediengesetz verabschiedet.** Bulgarien war seit dem 8. März 1995 an die EU assoziiert und bemühte sich nicht zuletzt wegen der dramatisch ansteigenden wirtschaftlichen Probleme, Rechts- und Verwaltungsvorschriften dem westeuropäischen Standard anzugleichen. Der „Nationale Rat für Radio und Fernsehen“ (NRRF), sowie die Finanzierung der elektronischen Medien durch den Staatshaushalt garantierten die direkte Einflussnahme der Regierung und setzten den autoritär-etatistischen Regierungsstil der Sozialisten fort. Im November 1996 wurden aber weite Teile des Gesetzes für verfassungswidrig erklärt.

Der Konflikt um das Mediengesetz und das Urteil des Verfassungsgerichtes wurden von der Öffentlichkeit rege verfolgt und erhielten in der täglichen Berichterstattung breiten Raum. Sie

fielen in die Zeit, in der die sozialistische Regierung zusehends in sich zusammenfiel. **Die Bevölkerung hatte die Sozialisten beim Wort genommen, dass eine behutsame und sozialpolitisch flankierte Transformations politik möglich sei. Die wirtschaftliche Entwicklung führte jedoch bald zu Krisenphänomenen, die für die Bulgaren ohne Beispiel waren.** Zum Teil gab es noch nicht einmal Brot, die Hyperinflation erreichte zeitweise bis zu 2000 Prozent, das Bankensystem brach zusammen. Gleichzeitig war auf den Straßen der Luxus der Neureichen offen zu beobachten. „Businessmen“ nennt das Volk die Protagonisten der neuen Ära. Diese protzen im Gegensatz zur alten Nomenklatura mit ihrem Reichtum, weil sie keiner Ideologie verpflichtet sind, oder weil sich die wahrhaft Mächtigen und Reichen hinter diesem auffälligen Charren besser verstecken können.

Realsozialistische und marktorientierte Handlungsmuster kombinierten sich zu einer neuen Gattung des Mafia-Kapitalismus. Als Initialzündung wirkte im Herbst 1996 der Wahlsieg des zur Opposition gehörenden Juristen Petar Stojanov zum neuen Staatspräsidenten. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Belgrad repolitisierte sich die Bevölkerung. In der BSP brachen die Rivalitäten der verschiedenen Flügel auf. Am 4. Februar gaben die Sozialisten ihr Mandat zur Bildung einer neuer Regierung an Präsident Stojanov zurück. Mit dem Bürgermeister Sofias, Stefan Sofianski, als Ministerpräsident regierte eine Übergangsregierung bis zu den Neuwahlen am 19. April 1997.

7. Die konservative Regierung unter Ivan Kostov seit Mai 1997

Das Bündnis Vereinigte Demokratische Kräfte (ODS), in der die UDK dominiert, gewann die Wahlen mit einer eindeutigen Mehrheit. Das fatale Ende der sozialistischen Regierung hat zu einer „Entzauberung“ rückwärtsgewandter Gesellschaftsmodelle geführt. In den ersten Monaten profitierte die Regierung von den Vorschusslorbeeren einer kurzfristig zuversichtlichen Bevölkerungsmehrheit und der diplomatischen wie finanziellen Unterstützung des Westens, was zur Konsolidierung der makroökonomischen Eckdaten führte. Bereits unter Sofianski war es gelungen, das fünfte Stand-by-Abkommen mit dem IWF auszuhandeln. Am 1. Juli 1997 wurde ein Währungsrat errichtet und die D-Mark als Reservewährung übernommen. **Eine straffe Wechselkurspolitik hat zumindest die galoppierende Inflation gebremst, aber kaum Strukturprobleme der bulgarischen Wirtschaft gelöst. Weder die Privatisierung noch der Kampf gegen die Korruption oder die Landreform sind nennenswert vorangetrieben worden.** Seit Ende 1998 mehrten sich die ökonomischen Krisenphänomene. Die von der politischen Mehrheit angestrebte Integration in die euro-atlantischen Institutionen traf innenpolitisch auf Legitimationsprobleme. Und der Krieg im Kosovo brachte die Regierung Kostov in ernsthaften Zugzwang. **Die Bevölkerung war mehrheitlich gegen die NATO-Politik eingestellt,** und auch die ansonsten regierungsfreundlichen Medien stellten sich im Laufe der Wochen auf einen Nato-kritischen Ton um.

Die Stabilität der jetzigen Regierung resultiert in weiten Teilen auch aus einer schlichten

Erschöpfung und Mangel an Alternativen, zumal sich die BSP trotz der Versuche der Sozialdemokratisierung unter ihrem Führer Georgi Parvanov und einem positiven Bekenntnis zur NATO-Integration auf ihrem letzten Parteitag im Mai 2000 bis heute nicht erholen konnte. Der von der BSP abgespaltenen *Bulgarischen Eurolinken* ist es nicht gelungen, eine erkennbare Alternative im linken Block herauszubilden. Seit den Kommunalwahlen im Herbst 1999 mehren sich die Krisenphänomene. Ende 1999 wechselte Kostov insgesamt 10 der 16 Minister aus. **Der Anteil der Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze lebt, ist gestiegen**, mit dem offiziellen Durchschnittslohn kann kaum die Heizung bezahlt werden. Permanente Skandale und „Enthüllungen“ verstärken die Politikverdrossenheit und entziehen der Regierung Legitimität. Der Korruptionsvorwurf hat auch die Regierungspartei erreicht. Während Gegner der Regierung darin einen Beleg für die Korruptionsvorwürfe sehen, vermuten ihre Anhänger, dass hinter den Korruptionsskandalen letztlich gezielte Kampagnen jener einflussreichen Wirtschaftskreise stehen, die bedeutsame bevorstehende Privatisierungen im Banken- und Telekommunikationsbereich verzögern wollen.

Kostov kündigte zu Beginn seiner Regierungszeit einen Rückzug des Staates aus der Kontrolle der Medien an. Faktisch wurde jedoch erst im November 1998 ein neues Mediengesetz vorgelegt. In der Zwischenzeit setzte die Regierung den altbekannten Politikstil fort und besetzte bereits im Sommer 1997 die Führungspositionen im staatlichen Radio und Fernsehen mit regierungsnahen Personen. Die Geschichte wiederholte sich, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Nun klagte die BSP, wiederum erfolgreich, vor dem Verfassungsgericht.

Im September 1998 wurde ein neues Gesetz im Parlament verabschiedet, das seit Monaten heftige Diskussionen ausgelöst hatte und von der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt wurde. Dabei kam die Kritik nicht nur von den Sozialisten, die – nun in der Opposition – inhaltlich ähnliche Einwände formulierten wie seinerzeit die UDK, sondern auch aus den eigenen Reihen. Schließlich legte Präsident Stojanov sein Veto ein. Unter anderem kritisierte Stojanov die Bestimmung, dass die Pogramme der staatlichen elektronischen Medien nur in bulgarischer Sprache ausgestrahlt werden dürften, sodass die türkische Minderheit auf Regionalprogramme bzw. auf türkische Privatsender angewiesen ist. Das daraufhin überarbeitete Gesetz zeichnet sich in den kritischen Punkten insgesamt durch verwässerte Formulierungen aus. In den entscheidenden politischen Fragen wird weiterhin fast automatisch **eine Mehrheit der Regierungspartei garantiert**. Die BSP reichte wieder Verfassungsklage ein. Unerwartet von der Öffentlichkeit wurde das Gesetz im Sommer 1999 bis auf einen Punkt als verfassungskonform eingestuft.

Die Regierung Kostov hat sich bis heute schwer getan, dem an sich selbst gestellten Anspruch gerecht zu werden und die Medien, vor allem die elektronischen Staatsmedien, aus dem Bereich ihrer Einflussnahme zu entlassen. **Die Mehrheit der Presse ist zwar nicht direkt Kostov-feindlich und keineswegs links eingestellt, Unterstützung erfährt die Regierung jedoch in den seltensten Fällen**. So beklagt Kostov häufig die mangelnde Solidarität der Presse für die Schwierigkeiten bei der Umsetzung seiner Politik.

8. Fernsehen

Das Fernsehen – besonders das Bulgarische Nationale Fernsehen (BNF) – spiegelt wie kein anderes Medium die Kräfteverhältnisse und Demokratisierungsblockaden in Bulgarien wieder und spielt eine besondere Bedeutung im Kampf der politischen Akteure um Wählergunst und Einfluss. In den ersten Monaten der Wende hatte das BNF eine wichtige Funktion: Es dokumentierte die Ereignisse des politischen Wandels und wirkte durch die Übertragungen von politischen Zusammenkünften, Demonstrationen und kritische Berichterstattung einzelner Journalisten zeitweise sogar gestaltend auf den Umbruch ein.

Restaurationsbemühungen der politischen Klasse setzten jedoch schnell ein. Denn **die Kontrolle über das Fernsehen gilt als selbstverständliche Beigabe der Regierungsverantwortung.** Der einflussreiche Posten des Generaldirektors wurde von 1989 bis Frühjahr 2000 fast jährlich, insgesamt elf mal nach parteipolitischer Opportunität vergeben.

Gleichzeitig hat in weiten Teilen eine **Selbstzensur** eingesetzt. **Die Nachrichtensendungen beschäftigen sich hauptsächlich mit** der offiziellen Politik, der Tätigkeit der Regierung und **Erfolgsmeldungen der bulgarischen Politik.** Dagegen werden Beiträge zu kritischen Themen und soziale Probleme vergleichsweise selten ausgestrahlt. **Die Auslandsberichterstattung ist** dagegen **ausgewogener und professioneller. Hier zeigt sich eine Weltoffenheit.**

Die Demonopolisierung der Fernsehlandschaft begann 1993, als der erste lokale Privatfernsehsender entstand. Eine große Konkurrenz für die terrestrischen Programme stellen die lokalen Kabelnetze dar. Kabelprogramme gibt es mittlerweile in fast jedem größeren Ort und in den Städten oft mehrere. Viele dieser Programme erreichen nur wenige Wohnblocks in einem Viertel. Dabei sind die meisten von ihnen im doppelten Sinne illegal, da sie keine Lizenzen besitzen und Satellitenprogramme ohne entsprechende vertragliche Grundlagen übernehmen und sie um ein winziges Programmsegment wie eigene Nachrichten ergänzen. **Insgesamt sind die Sendungen der privaten Fernsehanbieter zum Teil so unprofessionell gemacht, dass die Bulgaren weiterhin das Nationale Fernsehen bevorzugen und damit auch die regierungsnahen Nachrichtenberichterstattung.**

Der grundsätzlich teure Fernsehbereich leidet besonders unter der anhaltenden finanziellen Krise und dem engen Werbemarkt. Auch das BNF hat erhebliche finanzielle Probleme. Angeblich oder tatsächlich überhöhte Gehälter oder Honorare von Redakteuren erregten mehrmals öffentlichen Unmut und wurden in der Presse breit diskutiert. Die „Gehaltsfrage“ ließ sich aber auch immer wieder für die Diskreditierung unliebsamer Journalisten funktionalisieren. Gerade die Mischfinanzierung des hoch verschuldeten Nationalen Fernsehens durch Staatsgelder einerseits und Werbung und Sponsoring andererseits, erhöht die Abhängigkeit von

den Werbemitteln der großen Wirtschaftsgruppierungen, die ihrerseits wiederum in Konkurrenz miteinander stehen und sich verschiedenen politischen Gruppierungen verpflichtet fühlen, wobei lange das Monopol postkommunistischer Politik- und Wirtschaftsgruppierungen alle Bereiche der Fernsehkommunikation dominierte. Insgesamt hat in den letzten zehn Jahren die Politisierung des BNF, seine Funktionalisierung unter wechselnden Vorzeichen zu einer Situation geführt, in der jede Maßnahme zumindest als politisch motivierte missverstanden bzw. als solche instrumentalisiert werden kann.

Es gibt jedoch auch weitere positive Entwicklungen. So sendet das BNF seit Spätsommer 2000 um 17.00 Uhr die zentralen Nachrichten auf türkischer Sprache. Im Frühjahr 1999 startete mit der Unterstützung von EUTELSAT das bulgarische TV-Satellitenprogramm TV Bulgaria und es gibt eine zunehmend engere Kooperation mit der Republik Mazedonien. (31.03/15.12.01)

Es folgen: [Hörfunk](#) - Presse - Journalisten in Bulgarien - Schlußbemerkungen -
Die [Wahlen](#) im Juni 2001
